

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/200  
19. Oktober 1971

Ein Wort zu "Publik"

-----  
Prinzip-Überlegungen von sozialdemokratischer  
Seite

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB  
Bundesgeschäftsführer der SPD  
Seite 1 / 37 Zeilen

Anreiz zu größerer Lebensfreude

-----  
Bundesjugendspiele für mehr als vier Millionen  
Jugendliche

Von Heinz Westphal MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundes-  
ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit  
Seite 2 und 3 / 50 Zeilen

Erste Modellschule für Zivildienstler

-----  
Beitrag zur Lösung gesellschaftspolitischer  
Probleme

Von Hans Iver  
Bundesbeauftragter für den zivilen Ersatz-  
dienst  
Seite 4 und 5 / 76 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und  
-----  
Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 9, Heinsallee 2-10  
Postfach 3102  
Pressehaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 2230 37-38  
Telefax: 0228 46 628 047  
489546 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 68 11

Ein Wort zu "Publik"  
-----

Prinzip-Überlegungen von sozialdemokratischer Seite

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB  
Bundesgeschäftsführer der SPD

Wenn eine Zeitung selbst in die Schlagzeilen kommt, so verheißt dies meist nichts Gutes. So auch bei "Publik", das erneut in finanzielle Schwierigkeiten geraten ist. Obwohl das von den katholischen Bischöfen ins Leben gerufene Wochenblatt in erstaunlich kurzer Zeit auf eine Auflage von 90.000 Exemplaren gestiegen ist, ist es verständlicherweise noch weit davon entfernt, sich selbst zu tragen. Die Bischöfe, die noch einmal rund elf Millionen DM zuschießen müßten, um das Erscheinen der Zeitung bis Ende 1973 zu sichern, scheinen nicht bereit zu sein, weitere finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

Eine "Patentlösung" für diese Finanzkrise scheint mittlerweile vom Tisch zu sein, nämlich die Fusion mit dem "Rheinischen Merkur". Das Resultat könnten nur politisch und journalistisch nicht lebensfähige siamesische Zwillinge sein. Ein solcher Versuch läuft politisch etwa auf das gleiche hinaus, wie wenn man die "Soziale Ordnung" mit dem "Bayernkurier" fusionieren wollte.

Mir Sozialdemokraten würden es bedauern, wenn diese Wochenzeitung nicht mehr erscheinen könnte, obwohl sie uns und unsere Politik häufig mit Kritik begleitet hat. Diese Kritik war jedoch immer fair, nicht böswillig und gehässig. "Publik" vertritt einen weltoffenen, undogmatischen Katholizismus, für den wir keine journalistischen Alternativen sehen. Ein Verschwinden dieser Zeitung würde eine spürbare Verarmung und Einengung des publizistischen Spektrums in der Bundesrepublik hinterlassen.

Ich müßte eine solche Entwicklung der Dinge noch aus einem anderen Grunde bedauern: Aus vielen Gesprächen mit meinen politischen Freunden weiß ich, daß "Publik" eine bedeutende Rolle dabei gespielt hat, in den Reihen der SPD noch vorhandene Vorurteile gegenüber der katholischen Kirche abzubauen. Eine Kirche, so habe ich oft gehört, die eine solche Zeitung nicht nur duldet, sondern sogar aktiv fördert, kann und darf von uns Sozialdemokraten nicht mehr aus der Perspektive des Schützengrabens gesehen werden. Ich kann und möchte in dieser schwierigen Frage keine Ratschläge erteilen. Aber die katholische Kirche sollte überlegen, ob es mittel- und langfristig nicht im eigenen Interesse ist, über ein solches Instrument zu verfügen.

(-/cx/29.10.1971/bgy)

Anreiz zu größerer Lebensfreude

Bundesjugendspiele für mehr als vier Millionen Jugendliche

Von Heinz Westphal MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium  
für Jugend, Familie und Gesundheit

Der von der Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Käthe Strobel, neu berufene Ausschuss für die Bundesjugendspiele hat in seiner konstituierenden Sitzung seinen bewährten Vorsitzenden Willi Greite (Hannover) wiedergewählt. Die Leistungen dieses in der Stille wirkenden Ausschusses verdienen einmal hervorgehoben zu werden, zumal die von ihm fachlich und konzeptionell betreuten Bundesjugendspiele zu den größten sportlichen Jugendwettbewerben der Welt gehören. An ihnen beteiligen sich jährlich über vier Millionen junge Menschen im Alter von zehn bis 20 Jahren. Als Aktion des Breitensports haben sie sich in eindeutiger Weise bewährt. Die Ausschreibung der Spiele, ihr Programm und ihr Wertungssystem haben erhebliche Wandlungen erfahren. Diese kontinuierliche Weiterentwicklung ist vor allem ein Verdienst des Ausschusses für die Bundesjugendspiele.

In gewohnter Weise ging der Ausschuss gleich intensiv an die Arbeit. Für die Sommerspiele 1972 beschloß er, die Ausschreibung auf die achtjährigen auszuweiten. Für die jüngeren Jahrgänge der Grundschule müssen noch altersgemäße Formen der Beteiligung entwickelt werden. Es werden neue Laufwettbewerbe und das Kugelstoßen einbezogen. Darüber hinaus soll ein allgemeines Leistungstestprogramm erarbeitet werden. Die Winterspiele sollen künftig im turnerischen Bereich vereinfacht und durch das Angebot eines allgemeinen Fitneftestes sowie bei entsprechenden örtlichen Möglichkeiten durch Schwimmwettbewerbe, Skillauf und Orientierungslauf erweitert werden. Mit der Bereicherung des Programms und der Einbeziehung moderner Spiel- und Sportübungen

soll ein noch größerer Anreiz erzielt werden, der hoffentlich nicht nur den Bundesjugendspielen, sondern der sportlichen Betätigung insgesamt zugute kommt.

Man kann schon aus diesen wenigen Anmerkungen erkennen, daß der Ausschuß für die Bundesjugendspiele eine zentrale Schaltstelle ist, in der die Fäden für eine reibungslose Abwicklung des großen jährlichen Jugendwettbewerbs zusammenlaufen. Ein Zusammenwirken parlamentarischer Initiative, die vor allem aus dem Unterausschuß Sport und Olympische Spiele kam, mit dem im Ausschuß vertretenen Fachverstand und wohl auch ein freundliches aber deutliches Drängen des zuständigen Bundesministeriums, in dem man sich für die Jugendförderung verantwortlich weiß, haben inzwischen dazu geführt, daß ein neues, zusammenfassendes Konzept entstanden ist, in dem die Breitenwirkung der Bundesjugendspiele, bei der alle jungen Menschen zum Mitmachen angeregt werden, mit den stärker leistungsorientierten Jugendsportwettbewerben kombiniert werden. Dieser Entwurf einer "Vereinbarung über die Durchführung sportlicher Wettbewerbe für die Jugend durch Schule und Sportverbände" hat die Zustimmung der Kultusministerkonferenz erhalten und ist nun noch Gegenstand ihrer abschließenden Verhandlungen mit dem Deutschen Sportbund.

Es liegt nahe, daß der Ausschuß für die Bundesjugendspiele diese Vereinbarung als Leitlinie seiner künftigen Arbeit begrüßt hat, denn der Ausschuß und das Bundesjugendministerium sind sich darin einig, daß es auch im vorolympischen Jahr wichtig ist, den Blick der Öffentlichkeit auf die ganze Palette sportlicher Beteiligungsmöglichkeiten zu lenken. Wenn wir nicht wollen, daß sich unser Volk hinsichtlich des Sports aufteilt in die kleine Gruppe der Hochleistungssportler und die große Gruppe der Zuschauer und der Uninteressierten, dann müssen wir Gelegenheiten schaffen bzw. weiterentwickeln, bei denen die durchschnittlich Befähigten, bei denen alle ihre Kräfte und ihre Geschicklichkeit messen können. Mehr Lebensfreude und größere Gesundheit sind dabei begrüßenswerte Nebenprodukte.

(-/ex/19.10.1971/bgy)

## Erste Modellschule für Zivildienstler

---

### Beitrag zur Lösung gesellschaftspolitischer Probleme

Von Hans Iven

Bundesbeauftragter für den zivilen Ersatzdienst

Die Eröffnung der ersten Ausbildungsstätte für Zivildienstleistende, die in Anwesenheit des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesarbeitsministerium Helmut Rohde in Eschershausen im Wesenbergländ erfolgte, war ein Vorgang grundsätzlicher Bedeutung. Es hat in den letzten Jahren wohl kaum ein Projekt im Bereich des zivilen Ersatzdienstes gegeben, das bei allen Beteiligten - den Dienstleistenden, der interessierten Öffentlichkeit und den verantwortlichen staatlichen Stellen - auf so große Resonanz gestoßen ist und so viel Zustimmung gefunden hat, wie die Pläne zur systematischen und kontinuierlichen Einführung der Dienstleistenden in ihre Tätigkeitsbereiche. Die Einführung war für den einzelnen Dienstpflichtigen bisher mehr vom Zufall und von dem Interesse abhängig, das die verschiedenen anerkannten Einrichtungen einer Tätigkeit von Dienstleistenden in ihrem Bereich entgegenbrachten.

Dies soll nun anders werden. Sowohl die Konzeption zur Neugestaltung des zivilen Ersatzdienstes, die ich nach meiner Amtsübernahme der Öffentlichkeit im Sommer 1970 vorlegte, als auch der Regierungsentwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst sehen vor, daß die Dienstpflichtigen zu Beginn ihrer Dienstzeit mit Wesen und Aufgaben des Zivildienstes, ihren Rechten und Pflichten sowie den verschiedenen Tätigkeitsbereichen vertraut gemacht werden sollen. Diese Forderung, die von allen Beteiligten befürwortet und unterstützt wird, galt es in den letzten Monaten zu konkretisieren und mit Leben zu füllen. Es mußten die sachlichen und finanziellen Voraussetzungen für ihre Durchführung geschaffen und Lehrinhalte konzipiert werden, die sowohl den unterschiedlichen Interessen und Motivlagen der anerkannten Kriegsdienstverweigerer als auch den Bedürfnissen des praktischen Dienstes gerecht werden. Hierbei sei jedoch hervorgehoben, daß die staatlichen Zivildienstschulen die fachbezogene und fachbegleitende Einweisung der Dienstleistenden in ihre speziellen Tätigkeiten weder ersetzen noch überflüssig machen können, weil die notwendigerweise allgemeiner gehaltenen Kurse an den Schulen des Bundes nicht in der Lage sein werden, auf spezielle Bedürfnisse der Praxis in gebotener Umfang einzugehen.

Es ist das erklärte und auch im Regierungsentwurf des Änderungsgesetzes niedergelegte Ziel, jeden Dienstleistenden

den einen Einführungslehrgang durchlaufen zu lassen. Diese Lehrgänge können und sollen auch nicht nur in staatlichen Ausbildungsstätten durchgeführt werden, sondern es werden entsprechend der Priorität des sozialen Bereichs für den Zivildienst Übereinkommen mit den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege angestrebt, um von ihnen solche Einführungslehrgänge für Dienstleistende aus ihrem Bereich durchführen zu lassen. Die Chancen für den Abschluß derartiger Übereinkommen stehen gut, wenn auch noch mannigfache Hindernisse organisatorischer Art aus dem Weg zu räumen sind.

Die von mir genannte Zielsetzung kann nur schrittweise erreicht werden. Ein erster wichtiger Abschnitt ist mit der Eröffnung der "Zivildienstschule Ith" in Eschershausen zurückgelegt, deren erste Kurse zunächst von unterschiedlicher Dauer sein werden und durchaus noch Modellcharakter haben, um für die pädagogische Durchführbarkeit der Inhalte ihre effektivste Ausgestaltung und günstigste Dauer herauszufinden. Darüber hinaus wollen diese ersten Kurse bewußt an die bisher schon durchgeführten Modell-Lehrgänge anknüpfen, deren Erfahrungen unter den Bedingungen einer staatlichen Schule ausloten und allen mit der Ausrichtung von Einführungslehrgängen Befassten neues Material an die Hand geben. Auch die unmittelbar Betroffenen sind zu kritischer Reflektion aufgerufen.

Bei Ausschöpfung ihrer vollen Kapazität ist beabsichtigt, in der "Zivildienstschule Ith" etwa 80 Dienstleistende je Kursus auszubilden und internatsmäßig unterzubringen. Die Schule befindet sich in landschaftlich reizvoller Gegend und ist hinsichtlich ihrer Räumlichkeiten, ihrer Ausstattung und der vorhandenen Möglichkeiten der Freizeitgestaltung vorzüglich für die in Aussicht genommenen Zwecke geeignet. Es ist dafür Sorge getragen, daß der Inhalt der Lehrveranstaltungen dem Dienstleistenden einen Überblick über alle mit dem Zivildienst zusammenhängenden Fragen verschafft, ihm aber auch Gelegenheit gibt, die gesellschaftspolitische Einordnung der Kriegsdienstverweigerung mit ihren unterschiedlichsten Erscheinungsformen und Motivlagen zu überdenken und gegebenenfalls neu zu bestimmen.

(-/ex/19.10.1971/bgy)

**SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG**

Inhalt:

Bonn, 19. Oktober 1971  
Nr. 42

	Seite
Wille zur Einheit der Nation	1
"Politik in Deutschland" hat hohen Rang	1 - 2
Deutsche Ost-West-Politik	2
Für Verlängerung der Aufbaudarlehen	2
Hupka als Bundesvorsitzender wiedergewählt	2 - 3
Keine Aufgabe für Bartsch	3
Motive des Prager Verlangens zum Münchner Abkommen	3
Rumänische Aussteller verließen die Buchmesse	3
Normalisierung der deutsch-polnischen Sportbeziehungen	3

Wille zur Einheit der Nation

In einem von "Bild am Sonntag" am 17. Oktober 1971 veröffentlichten Interview erinnerte Bundeskanzler Willy Brandt an die Präambel des Grundgesetzes, in der es heißt: "Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden" und bemerkte dazu: "Dies bleibt unberührt. Nicht von dem, was wir tun, beeinträchtigt dieses Ziel, nichts verstößt gegen dieses Prinzip. Wenn wir die Realitäten erkennen, daß sich zwei Staaten auf deutschem Boden entwickelt haben, wenn wir darüber hinaus der Überzeugung sind, daß nur die Anerkennung dieser Tatsachen überhaupt politische Fortschritte und menschliche Erleichterungen bringen kann, so wird man daraus keinen Verstoß gegen den Willen zur Einheit der Nation ableiten können. Die Teilung Deutschlands ist eine Tatsache. Niemand kann erwarten, daß wir sie als rechtmäßig anerkennen. Die völkerrechtliche Anerkennung der Teilung könnte ohnehin nur durch einen politischen Willensakt der Bundesregierung vollzogen werden, und ich habe erklärt, daß wir hierzu nicht bereit sind. Etwas anderes sind die Bemühungen, durch rechtlich wirksame Verträge die Lage in Deutschland im Rahmen des Möglichen zu normalisieren und die Beziehungen zu erleichtern. Wir sind bereit, solche Verträge zu schließen und solche Abkommen zu treffen. Aber das bedeutet doch nicht, daß wir vom Gedanken der deutschen Nation Abschied nehmen." s.u.e.

"Politik in Deutschland" hat hohen Rang

In einem der Zeitschrift "Aktuelle Woche" gegebenen Interview erklärte der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, zum Namen und zur Aufgabe seines Ministeriums: "Es geht darum, daß nach unseren politischen Bedürfnissen eine Organisationsform der Bundesregierung entwickelt worden ist, in der der Fragenkomplex 'Politik in Deutschland' - und dabei geht es um die beiden Staaten - einen so hohen Rang bekleidet, daß die Bundesregierung dafür ein eigenes Ministerium bestimmt hat." Auf die Frage, ob die Existenz des Ministeriums in Frage gestellt sei, sagte der Minister, daß solche Stimmen bössartig seien, denn so etwas könne nur in Verkennung der realen Situation konstruiert werden. "Die Arbeit meines Hauses ist zwar nicht spektakulär und bringt auch nicht jeden Tag Schlagzeilen, aber Aufgabe meines Ministeriums ist es, sorgfältig und seriös wichtige Vorbereitungen zu erarbeiten, um zu positiven Ergebnissen bei Gesprächen und Verhandlungen zu kommen." Die Frage, ob auch künftig dem Ministerium für innerdeutsche Beziehungen die